

Ergebnisse des Deutsch-Französischen Ministerrats am 13. Juli 2017

(14. Juli 2017)

Unter dem Motto „effizient und ambitioniert sein“ hat die französische Regierung am 14. Juli die Ergebnisse des ersten Deutsch-Französischen Ministerrats nach der Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten Frankreichs veröffentlicht. Daraus einige wichtige Ergebnisse zu den Bereichen Bildung, Verteidigung, Sicherheit sowie Wirtschaft und Soziales sowie Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik.

Schul- und Ausbildung

- Zur **Förderung der Sprache des Partners** strebt Frankreich für den Beginn des Schuljahres 2017/18 die Eröffnung von 1.200 bilingualen Klassen an, in denen Deutsch und Englisch parallel ab der sechsten Klasse unterrichtet werden. Auf diese Weise soll die Zahl der Schüler an den Collèges, die Deutsch lernen, um 10% gegenüber 2015 auf insgesamt 540.000 gesteigert werden. Deutschland wird sich seinerseits bemühen, die Zahl der Schüler, die Französisch lernen, in allen Schularten zu steigern.
- Der **Schüleraustausch** zwischen beiden Ländern soll intensiviert werden. Bis 2020 möchte Frankreich dazu die Zahl der Schulen, die eine Austauschvereinbarung mit einer deutschen Schule abgeschlossen haben, um 10% steigern. Um eine Kultur der Mobilität zu entwickeln, werden beide Partner Fortbildungsangebote für Lehrer und pädagogisches Personal ausarbeiten und sich dabei auf das Fachwissen des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) stützen.
- Um die Mobilität der Jugendlichen zu verbessern, sollen die Mittel des künftigen **Erasmus+-Programms** erhöht und die Zahl der teilnehmenden Auszubildenden signifikant gesteigert werden. Die 20 Zentren in Frankreich für Berufe, die die Energiewende umsetzen, sollen zum wechselseitigen Austausch Partnerschaften mit deutschen Einrichtungen aus dem gleichen Bereich ins Leben rufen. Sie sind außerdem dazu aufgerufen, deutsch-französische Sektionen einzurichten, die erste soll bereits 2018 eröffnet werden. Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Berufsausbildung, die sich am Oberrhein im Rahmen des **Azubi Bac pro** bewährt hat, soll ausgeweitet werden.

Verteidigung und Sicherheit

- Eine tatsächliche gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik wird von beiden Partnern angestrebt, die EU soll sich im Bereich der Sicherheit und Verteidigung zu einem globalen Akteur entwickeln.
- Frankreich und Deutschland werden auch künftig im Bereich der Entwicklung militärischer Fähigkeiten eng zusammenarbeiten. Dazu sollen u.a.
 - die Zusammenarbeit beim Bau von Nachfolgern der vorhandenen Kampfpanzer- und Artilleriesysteme fortgeführt und mittelfristig für andere Mitgliedsstaaten geöffnet werden;
 - gemeinsam ein Kampfflugzeug entwickelt werden, das langfristig in beiden Ländern die entsprechenden Flugzeugtypen ersetzt, die Planung dieses Vorhabens soll bis Mitte 2018 ausgearbeitet werden;
 - für die Zusammenarbeit bei der nächsten Generation des Tiger-Hubschraubers und eines gemeinsamen Programms für taktische Luft/Boden-Flugkörper ein Rahmen geschaffen werden.

Wirtschaft und Soziales

- Um Sozialdumping zu verhindern, soll die Richtlinie zur Entsendung von Mitarbeitern in europäische Partnerländer überarbeitet werden. Das Prinzip „am gleichen Arbeitsort für gleiche Arbeit gleicher Lohn“ soll garantiert werden.
- Im Anschluss an den G20-Gipfel treten beide Partner für offene und gerechte Handelsbedingungen ein. Die wechselseitige Öffnung der Beschaffungsmärkte wird angestrebt;
- gleichzeitig fordern Deutschland, Frankreich und Italien die europäische Kommission auf, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie europäische Unternehmen in strategisch wichtigen Branchen besser vor Übernahmen durch Unternehmen aus Drittstaaten geschützt werden können.

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik

- Deutschland und Frankreich fordern, dass schon beim Übertritt von Flüchtlingen auf das Gebiet der EU festgestellt wird, wer Anrecht auf Schutz hat und wer ein illegaler Wirtschaftsflüchtling ist. Dazu soll das Personal von Frontex und EASO erhöht werden.
- Die Partner möchten gemeinsam die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts voranbringen.
- Beide Länder wollen sich künftig intensiv über die Eingliederung von Zuwanderern austauschen, deshalb wurde ein **gemeinsamer Integrationsrat (DFIR)** gegründet. Dieser soll sich zunächst damit beschäftigen,
 - wie durch Spracherwerb und Vermittlung demokratischer Werte der Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaften gestärkt werden kann,
 - wie die Integration der Migranten durch Information und Orientierung verbessert werden kann,
 - wie das bürgerschaftliche Engagement und der soziale Zusammenhalt gefördert werden können.